



Presseinformation

Stärkung der Mobilitätshilfedienste: Angebote für Hilfebedürftige statt Wartelisten auf Teilhabe am Leben

Landesseniorenvertretung Berlin fordert, die Angebote der Mobilitätshilfedienste bedarfsgerecht auszubauen und die finanzielle Absicherung in den Haushaltsberatungen des Landes Berlin zu berücksichtigen.

(Berlin, 25.06.2015) Seit langem weist die Landesseniorenvertretung Berlin daraufhin, dass das Angebot der Mobilitätshilfedienste (Mhd) im Land Berlin mit der steigenden Anzahl Hilfebedürftiger an der Grenze angekommen ist und nicht mehr ausreicht. Die Wartelisten sind lang. In der letzten Zeit wurde die Arbeit der Mobilitätshilfedienste durch Änderungen bei arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zusätzlich stark beeinträchtigt. „Für uns ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines strukturellen Umbaus der Mobilitätshilfedienste. Es ist absolut unumgänglich, dieses Angebot so zu stärken, dass die Anfälligkeit durch den zweiten Arbeitsmarkt verschwindet“, sagt Dr. Johanna Hambach, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin: „Bei der Finanzierung dieses niederschweligen Angebotes müssen nicht nur technokratische Kriterien entscheiden, sondern vielmehr der steigende Bedarf für dieses Angebot sowie die gewachsenen Vertrauensverhältnisse, die die Nutzerinnen und Nutzer zu ihrem Mobilitätshilfedienst in ihren Bezirken aufgebaut haben, wertschätzend berücksichtigt werden. Gegenwärtig ist es leider so, dass die geleistete Betreuung der Menschen kaum Anerkennung erfährt. Das darf nicht sein.“

Die Landesseniorenvertretung Berlin fordert, dass die zur Beurteilung der Mobilitätshilfedienste genutzten Kennzahlen zumindest die Realität und dabei insbesondere die regionalen Besonderheiten reflektieren. Derzeit unterscheiden sich die Rahmenbedingungen für die 13 Mobilitätshilfedienste in der Stadt sehr hinsichtlich den sozialräumliche Gegebenheiten wie Bezirksgröße und Wegezeiten, der demografische Struktur der Klientel wie Alter, Gesundheitsstatus, Grad der Behinderung, Demenz und den personelle Ressourcen durch die Bewilligungs- und Zuweisungspraxis der Jobcenter. Zudem charakterisieren die verwendeten Kennzahlen gegenwärtig in keiner Weise die soziale Bedeutung der Mobilitätshilfedienste.

Die Landesseniorenvertretung Berlin fordert in den Haushaltsberatungen im Land Berlin bedarfsgerecht finanzielle Mittel zu berücksichtigen: „Wir brauchen in Berlin nicht nur die bestehenden sondern mindestens 24 Mobilitätshilfedienste. Unsere Forderungen kommen nicht nur älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu Gute, sondern Jung und Alt, denn alle mobilitätseingeschränkten Menschen brauchen diese Hilfen.“, sagt Dr. Johanna Hambach.

189 Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter engagieren sich auf Grundlage des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes insbesondere für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und unterstützen Seniorinnen und Senioren zu den Themen Wohnen, Wohnumfeld, Mobilität, ÖPNV, Pflege, Gesundheit, Verbraucherschutz, Selbsthilfe oder Ehrenamt.

Pressekontakt:

Landesseniorenvertretung Berlin (LSV)
Vorsitzende Dr. Johanna Hambach
Telefon 0179-1923152

www.landesseniorenvertretung-berlin.de

Geschäftsstelle LSV/LSBB
Parochialstr. 3, 10179 Berlin
Telefon 030-32664126 (Mo-Di, Do-Fr 9:00 – 13:00 Uhr)
E-Mail info@lsbb-lsv.de